

Berlin, 11. April 2019

Netzwerk Gerechter Welthandel WPSEU 039/2019

1. Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen? Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Antwort:

Die SPD will verbindlich festlegen, was durch die freien Kräfte des Marktes zur Ware werden darf und was nicht. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.

2. Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Antwort:

Für die SPD gilt grundsätzlich: Ein fairer offener Welthandel ist die Grundlage für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Er ist auch Garant für Frieden, Stabilität und Grundlage funktionierender Staatlichkeit. Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten. Das bedarf guter Regeln für die Handelspolitik der EU. Es muss eine stärkere Verknüpfung zwischen

der Handelspolitik und anderen Politikbereichen wie der Industrie- und Agrarpolitik geben, denn nur so kann eine kohärente Politikgestaltung sichergestellt werden. Die Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Europa und auf den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet und für den Zusammenbruch regionaler Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern mitverantwortlich ist.

3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu „regulatorischer Kooperation“ abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?

Antwort:

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass der freiwillige Charakter der regulatorischen Kooperation, wie zum Beispiel im EU-Japan Abkommen, keinen Einfluss auf die Inhalte oder den zeitlichen Ablauf von Regulierungsvorhaben hat. Das Recht zu regulieren darf durch kein Abkommen beschnitten werden. Wir befürworten eine verstärkte internationale Kooperation in Standard-setzenden Gremien, deren Grundlage in Kapiteln zu regulatorischer Kooperation gelegt werden kann.

4. Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte „Investitionsschutz-Schiedsgerichte“) mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?

Antwort:

Die SPD spricht sich für eine demokratische und transparente Gestaltung des Welthandels aus. Das bedeutet, dass Investitionsstreitigkeiten keinesfalls vor privaten Schiedsgerichten verhandelt werden dürfen. Wir haben uns im Rahmen der TTIP- und CETA-Verhandlungen für ein Ende der Intransparenz eingesetzt und es ist uns gelungen, die Europäische Kommission in ihren Handelsverhandlungen zum Umlenken zu bewegen. Der Aufbau eines multilateralen Investitionsgerichtshofs, eines internationalen Handelsgerichtshofs mit klaren personellen- und Transparenzbestimmungen, ist in vollem Gange. In Zukunft werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass dieser Gerichtshof in allen Handelsabkommen verankert wird. So verhindern wir, dass die Rechtsetzungskompetenz von privaten Interessen unterwandert wird.

5. Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird? Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten? Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass

eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?

Antwort:

Ein faires Welthandelssystem, dem die Nachhaltigkeitsziele und die Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzabkommens zugrunde liegen, ist eine der Grundlagen für internationale Verteilungsgerechtigkeit. Die Europäische Union muss die treibende Kraft sein, die mittels Handelsabkommen und handelsorientierter Regulierungen zu einer gerechten multilateralen Handelsverflechtung beiträgt.

Unsere Maßnahmen:

- Internationale Regeln stärken. Wir werden weiterhin für ein gerechtes internationales Regelwerk arbeiten. Dazu gehört unser Einsatz für starke Nachhaltigkeitsverpflichtungen in Handelsabkommen- denn nur so kann Globalisierung reguliert werden. Zudem werden wir uns weiterhin für fairen Multilateralismus innerhalb des Regelwerks der Welthandelsorganisation einsetzen.
 - Schutz der Arbeitsplätze vor Handelsstreitigkeiten. Ein starkes Europa ist für uns der Garant dafür, dass die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken geschützt wird. Wir haben uns in der Vergangenheit für den Schutz Europäischer Arbeitsplätze gegen Automobilstrafzölle aus den USA und Chinesisches Stahldumping eingesetzt und werden das auch in Zukunft tun.
 - Kein Zwang zur Privatisierung und Deregulierung der öffentlichen Güter. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland und der gesamten Europäischen Union nicht durch Handelsverträge ausgehöhlt wird. Wir trotzen dem Liberalisierungsdruck und setzen uns dafür ein, dass auch Rekommunalisierungen weiterhin möglich bleiben.
 - Menschenrechte und internationale Vereinbarungen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das COP21-Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen greifen.
 - Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import ihrer Produkte den Nachweis erbringen, dass sie die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten haben.
 - Wir wollen innerhalb der internationalen Organisationen und darüber hinaus eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die den Staaten des globalen Südens eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch bei Beteiligung am Welthandel ermöglicht und bestehende Machtasymmetrie im internationalen Handel beseitigt. Dazu gehört, dass die EU verzerrende Subventionspraktiken beendet.
6. Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?

Antwort:

Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass das Europäische Recht sowie das mitgliedstaatliche Recht auf Selbstregulierung aufrecht erhalten bleibt. In dieser Legislaturperiode haben wir das Recht auf Selbstregulierung in jedem ausgehandelten Abkommen erfolgreich verteidigt. Mit uns wird es keine Verwässerung von existierenden Datenschutzstandards und kein Verhindern von steuerrechtlichen Neuerungen geben.